

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Pandur in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Sonntag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. and. Vertretungen frei und Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 3515, 3516, 3517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 80 Pf., Restland 1.25 M.; außerhalb 25 Pf., Restland 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 209

Mittwoch, 7. Mai 1919.

75. Jahrgang.

Die deutsche Jugend für Hindenburg.

Die Gemeindevertretung von Oberhörsinghausen bei Berlin hatte beschlossen, den Namen Hindenburgschule des dortigen Realgymnasiums zu prägen. Das hat unter den 500 Schülern aller Klassen der Hindenburgschule großen Unwillen erregt und sie beschlossen, einen Demonstrationstag hiergegen zu veranstalten. Vor einigen Tagen, nach Schluß des Unterrichts, versammelten sich sämtliche 500 Schüler auf dem Schulhofe und zogen dann geschlossen bis zur Ecke der Friesenstraße, um von da aus bei dem dortigen Arbeiterrat vorstellig zu werden. Das Lehrerkollegium hatte inzwischen von diesem Demonstrationstuge Kenntnis erhalten; der Direktor und einige ältere Lehrer eilten dem Zuge nach und es gelang ihnen auch, die Schüler zu bewegen, den Zug aufzulösen. Trotz alledem aber verstand es eine Deputation, sich zum Arbeiterrat zu begeben und die Bedenken der Schüler gegen die Streichung des Namens vorzutragen und dagegen Protest einzulegen. In diesem Protest wird geklagt, daß die Schüler es als eine Schmach empfinden, daß ihnen der Name genommen werde, auf den sie jederzeit stolz sein können. Wenn von den Gemeindevertretern gesagt worden sei, daß Hindenburg eine politisch und pädagogisch wertlose Persönlichkeit sei, so müßten die Schüler diese Begründung als Befangen zurückweisen; eine solche Ansicht gebe nur von einzelnen Personen aus. Im Herzen der Jugend lebe Hindenburg nicht als ein politischer Faktor, sondern als Mensch, und zwar als ein Mensch, der in seiner übermenschlichen Größe und seiner übermenschlichen Pflichterfüllung allen ein erhabendes Vorbild, der Jugend ganz besonders ihr Ideal sei. Was sollen wir heute ergötzen werden? Zu Philosophen, weil uns Kant vorschwebt, oder vielleicht zu Staatsmännern, weil man nicht abgesehen hat, unsere Schule Pichowsky-Schule zu nennen? Zum Wiederaufbau unseres Staates ist eiserne Pflichterfüllung notwendig, so eifern, wie sie Hindenburg bewiesen hat, nur dann können wir auf eine Zukunft hoffen. Ist der große Heldherr doch der ewige Deutsche, der im feindlichen Ausland unumschränkt anerkannt, ja verehrt wird. Nun, wofür, so kann seine Person doch nicht im internationalen Interesse der heutigen sozialistischen Partei im Wege stehen. Aus allen diesen Gründen erklären sich die Hindenburgschüler einmütig und ausdrücklich in Gegenjah zu den Maßnahmen der Gemeindevertretung.

Moissi als Politiker.

Alexander Moissi, der aus Italien ausgewanderte bekannte Schauspieler, dessen Ruhm in Berlin „gemacht“ wurde und der dann — als Dankbarkeit? — die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat, gesteht zurzeit in der Schweiz. In Basel hat ihn ein Ausrufer des „N. B. Journal“ gepöbeln, und Moissi hat sich, wie es kein gutes Zeugnis ist, als leidenschaftlicher Anhänger der unabhängigen Sozialisten bekannt. Befragt, ob er im Wiener Burgtheater spielen werde, erwiderte er: „In einem Jahr, wenn Sie mir ab, für das Volk im Burgtheater und die Arbeitslosen und Millionen stehen drängen auf dem Rinn, dann werde ich, dann möchte ich, im Burgtheater spielen.“ Der dem Anblick warnte er die Deserter: „Der Deserter glaubt wohl, Ihr werdet in Berlin etwas vorhaben haben, wenn Ihr im Reich seit und eure Abzettelungen im Quasifluss von Weimar sitzen? Nur fachtel! Man wird Euch über die Schenke fahren und Euch an die Mauer drücken — wie es eben Berlin mit der ganzen Welt tun pflegt.“ — Hinter den deutschen Mehrheitssozialisten vermutet Herr Moissi „die Macht der deutschen Schwerindustrie und des Großkapitals“. In Berlin hat er sich nicht mehr recht wohl gefühlt: „Ich denke, wenn es sich um Berlin handelt, mit Befriedigung eigentlich nur an meine Tolkoi-Vorlesungen in der Arbeitervereine zurück.“ Moissi fühlt sich von Tolkoi, den er so oft in Berlin gesehen hat, entscheidend beeinflusst, in Bern erhält er für den Abend ein Spielhonorar von 1200 Franken.

Zur Angelegenheit Moissi schreibt der „Türmer“: Es ist der Doid, der die zahlreichen Metamorphosen des Berliner Schauspielers Alexander Moissi im Liede festhält. Dieser verhasste Feindling des Taugenien-Publikums hat offenbar den Ehrgeiz, seine mimische Wandlungsfähigkeit nicht nur auf der Bühne, sondern auch sonst auszuweisen, aufzufallen zu betonen. Er hat es mit großer Virtuosität verstanden, sich dem Wechsel der Zeitläufte anzupassen. Im Ueberchwana der ersten Kriegsjahre hat er sich dem Kronprinzen telephonisch als Freiwilliger an, wurde im Handumdrehen zum Leutnant, bezog das Eiserne Kreuz und landete bei einem Besichtigungsfahrt hinter der feindlichen Linie. Als Kaiserlich-Kronprinz schrie der große Mime, stürmisch umhelfend, nach Berlin zurück und ließ sich in zahlreichen Vorlesungen zu entzückenden Preisen in der dankbaren Halle des feidgrauen Feldes feiern. Als der Niedergang des Reiches den in seinen nationalen Empfindungen verworrenen Entschlossenen, Man hat ihm Blumen aus Pult, er hob sie weg — jetzt Blumen! Und Berlin W war ihm mehr als Herr Moissi, der ehemalige Krieger, der die deutschen Kronprinzen, unter die Revolutionäre gewonnen. — Es soll uns nicht wundern, wenn wir den genialen Künstler demnächst in der Maske des Volkschützen begegnen.

Der erste englische Dampfer in Hamburg.

Der englische Dampfer „Orinoco“ ist am Sonntag von 250 Tonnen Lebensmitteln von London kommend im Hamburger Hafen eingetroffen. Der Dampfer ist der erste englische, der seit Kriegsausbruch nach Hamburg gekommen ist.

Die Ueberreichung der Friedensbedingungen.

Versailles, 5. Mai.

Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument überreicht würde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Trianonpalast stattfinden werde.

Ueberreichung der deutschen Verfassung.

„Somme libre“ teilt mit, daß die deutsche Delegation aufgefordert sei, den Wortlaut der neuen deutschen Verfassung, ohne welche eine genaue Prüfung der Vollmachten unmöglich sei, den Entente-Regierungen vorzulegen, was sofort durch die Ueberreichung des deutschen Reichsgesetzblattes geschah.

Deutsche Lebensmittelaufkäufe in Argentinien.

Bei der deutschen Finanzkommission in Versailles ist die Meldung eingelaufen, daß Deutschland in Argentinien 135 000 Tonnen Weizen und 20 000 Tonnen Reis gekauft hat. Die Entente wurde hiervon verständigt und schickte 250 000 Tonnen Schiffsraum nach La Plata, so daß noch für weitere 100 000 Tonnen argentinischer Einkäufe Schiffsraum gesichert werde.

Die ermordeten Geiseln.

München, 5. Mai.

Der von den Münchner Kommunisten hingerichtete Maler Dr. Ernst Berger stand im 33. Lebensjahr und war in Wien geboren. Er ist nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ besonders als Kunsthistoriker bekannt geworden. Seine Veröffentlichungen zur Formenlehre, zur Maltechnik, deren Geschichte er in einem vierbändigen Werke behandelte, und seine Versuche zur Wiederherstellung der römischen und pompejanischen Technik der Wandmalerei u. a. m. haben in Kunstkreisen lebhaften Anteil erweckt. Berger gab auch die Münchner „Kunstwissenschaftlichen Blätter“, eine Beilage zu der in Leipzig erscheinenden „Verhändlung der Kunst“, heraus.

Prinz Gustav von Thurn und Taxis von der österreichischen Linie war 31 Jahre alt und ein Sohn des verstorbenen Prinzen Franz und der Gräfin Grimaud v. Drin in Kiefernfeld. Er hat in München gelebt und mit dem Regensburgischen Familienrat wegen Vermögensangelegenheiten einen Rechtsstreit geführt.

Gräfin Heila von Bekary war eine Tochter zweiter Ehe des vor vier Jahren in München verstorbenen Schriftstellers Grafen Adolf von Bekary; sie stand im 34. Lebensjahre und war unverheiratet. Durch ihre Mutter war sie mit dem Kommandeur der in München einmarschierenden Regierungstruppen, dem Generalleutnant v. Dorn, verwandt; ihre Mutter und der Generalleutnant sind Enkel des 1846 verstorbenen Konföderalrats v. Dorn.

Neue Straßenkämpfe in München.

Berlin, 4. Mai.

Die Ruhe, die am Sonntagvormittag in München herrschte, wurde in den Nachmittagsstunden durch neue Straßenkämpfe unterbrochen, die an der Marktplatz- und in der Dachauer Straße tobten. Durch die Wirkungen der Artillerie sind insbesondere am Stachus große Gebäudebeschädigungen entstanden. Im Gebäude der Polizeidirektion wurde das Meisneramt stark beschädigt. Die Nachricht von der Tötung Pandauers bestätigte sich. Der Sozialistenführer Nagler wurde erschossen. Das gleiche Schicksal teilte Seitheim, der gefangen genommen wurde und den bei einem Mordversuch die Kugel traf.

Der Schriftleiter der „Neuen Rache“, der Kommunist Quander, der noch zuletzt Polizeipräsident war, ist handrechtlich erschossen worden. Dr. Merkle vom Ministerium des Innern, der schon Eisers Revolutionsacheile war, wurde verhaftet. Auf den Münchner Friedhöfen lagen am Sonntagabend bereits 179 Tote aus den Straßenkämpfen und handrechtlich Erschossenen.

Plünderungen in Straßburg.

Am Sonntag vormittag kam es in Straßburg zu Unruhen. Die Menge zog nach der Innenstadt, wo mehrere Geschäfte geplündert wurden. Gegen mittag wurde die Ruhe wieder hergestellt. Von Greifswald sind Truppen nach Straßburg zur Aufrechterhaltung der Ordnung abgegangen. Das Warenhaus Ried befiert den Schaden, den es bei den Unruhen erlitten hat, auf mehrere Millionen Mark. Am Abend kam es zu neuen Plünderungen. Die Menschenmenge zertrümmerte den Eingang des Warenhauses Ried mit Handgranaten und raubte es aus, wobei scharfe Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Personen aus der Menge verwundet und eine getötet. Ferner wurden drei Soldaten, die einem Greifswalder Bataillon angehören, verwundet. Die Schießereien dauerten bis 4 Uhr morgens. Am Montag vormittag sammelte sich eine große Menge in den Hauptstraßen an und nahm eine drohende Haltung gegen das Warenhaus Wertheim an. Die Unruhen dauern fort.

Angriffspläne der Bolschewiken.

Wie aus Sibau gemeldet wird, liegen Anzeichen dafür vor, daß starke Angriffe der Bolschewiken auf Kurland und Litauen bevorstehen. Verstärkungen sind herangezogen worden.

Außerordentlicher Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

S. u. H. Hannover, 20. April.

Im Sitzungssaale des hannoverschen Ständehauses trat heute früh unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern aller deutschen Handwerker- und Gewerbekammern des außerordentlichen Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zusammen, um zu den

Sozialisierungsbestrebungen für Handwerk und Gewerbe Stellung zu nehmen. Als Vertreter des Reichswirtschaftsamts wohnte Regierungsrat Bierenschein, als Vertreter der preussischen Regierung Ministerialdirektor Dr. v. Seefeld und Geh. Rat Dr. Wömann bei. Als Vertreter des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe erschien Landesgewerbegerat Schinder; ferner waren vertreten die Regierungen von Anhalt-Desau, Baden-Vormont, Braunschweig, die Stadt Hannover und eine große Anzahl kaufmännischer und gewerblicher Verbände. Das frühere Herrenhausmitglied Obermeister Plate (Hannover) eröffnete die Verhandlungen mit einer herzlichsten Begrüßung der Teilnehmer. Der Vertreter des Reichswirtschaftsamts, Regierungsrat Bierenschein, hob hervor, wie wichtig Handwerk und Gewerbe für den Fortbestand des Reiches seien und betonte, daß die Zukunft unseres Volkes durchaus von der nationalen Gütererzeugung abhängig sei. Dabei werde das Handwerk nach wie vor einen selbständigen Faktor des Erwerbslebens bilden müssen, wenn auch für einzelne Zweige eine veränderte Betriebsweise eintreten müsse. Die Aufgabe des Handwerks müsse es sein, die Produktion den Bedürfnissen anzupassen. Ministerialdirektor Seefeld begrüßte die Tagung namens der preussischen Regierung und wies darauf hin, daß der neue Handelsminister Fischel nach seiner Ernennung in der ersten Unterredung mit ihm — Redner — sich für die Erhaltung eines gesunden, kräftigen Mittelstandes ausgesprochen und die Notwendigkeit betont habe, alles für das Handwerk zu tun. Es sei auch bereits eine neue Einrichtung im preussischen Ministerium geschaffen worden in Form einer besonderen Abteilung für Handwerk, Gewerbeförderung und Genossenschaftswesen.

Hierauf sprach an erster Stelle der Sandikus des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages Dr. Meusch (Hannover) über die zukünftige Wirtschaftsordnung und die Zukunft des deutschen Handwerks.

Die heutige Tagung mußte trotz aller entgegenstehenden Bedenken und Schwierigkeiten schon jetzt stattfinden, damit das deutsche Handwerk durch den Mund seiner beruflichen, sachlichen und wirtschaftlichen Vertretungen rechtzeitig den Anspruch auf den ihm gebührenden Platz in der neuen Wirtschaftsordnung erheben könne. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Handwerks sei in Gefahr. Sozialisierung oder Kommunalisierung bedrohe mittelbar und unmittelbar große Berufsgruppen des Handwerks. Die für die neue deutsche Wirtschaft vorgesehene allgemeine Organisation bedrohe den Fortbestand der selbständigen Berufsvertretungen des Handwerks. Die Sozialisierung der Handwerksbetriebe müssen wir bestimmt ablehnen, soweit hierunter die direkte Uebernahme der Produktion des Handwerks in das Eigentum und die Verwaltung der Gesamtheit unter Ausschaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Einzelbetriebes verstanden werde. Wir lehnen die Sozialisierung des Handwerks ab, weil sie der volkswirtschaftlichen Eigenart und den hierin begründeten Aufgaben des Handwerks widerspricht. Die volkswirtschaftliche Eigenart des Handwerks gründet sich auf die Beschränkung der Individualisierung und der Lokalisierung, das heißt auf die lokale Befriedigung individueller Bedürfnisse der Bevölkerung. Um dieser Faktoren willen ist das Handwerk trotz aller entgegenstehenden Behauptungen der abstrakten Volkswirtschaftslehre und der sozialdemokratischen Doktrinen bis heute durch die Produktionsformen der Industrie nicht verdrängt worden und wird auch in Zukunft nicht verdrängt werden können. Es hat sich nach unserer Auffassung herausgestellt, daß der Grundlag der unbegrenzten Konzentration der Gütererzeugung irrig ist, daß zur reichlichen Befriedigung der Bedürfnisse unserer Wirtschaft eine dezentralisierte Erzeugungsweise nicht entbehrt werden kann. In dieser Hinsicht ist das sogenannte Erfurter Programm der Sozialdemokratie zweifellos durch die tatsächliche Entwicklung richtig gestellt worden. — Eine besonders bedrohliche Form hat nun die Sozialisierungsabsicht angenommen in dem Vorschlag der Sozialisationskommission betreffend die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Es handelt sich hierbei um die Rahnmittelabgabe und das Baugewerbe. Auch hierbei ist die Form der Kommunalisierung nicht unbedingt festgelegt. Sie kann erfolgen durch direkte Uebernahme in eigene Verwaltung der Gemeinden und durch Beteiligung der Gemeinden an Privatunternehmungen. Es handelt sich hier allerdings um einen unverändlichen Vorschlag der Sozialisationskommission, der denn auch noch recht deutlich die Merkmale der Unvollkommenheit an sich trägt.

Dr. Meusch empfahl zum Schluß die Annahme folgender Entschließung:

„Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wolle unverzüglich mit den Fachverbänden des Handwerks und den Genossenschaftsverbänden zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des deutschen Handwerks in Verbindung treten.“

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich Vertreter des Handwerkskammern Oldenburg, Frankfurt a. d. O., Hamburg und Güneburg beteiligten, gelangte diese Entschließung zur Annahme und folgende

Resolution:

„Krieg und Revolution mit ihren wirtschaftlichen Be-

18